

# Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,  
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 20

Laasphe, Donnerstag den 16. Februar 1922

47. Jahrgang

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag  
und Samstag und kostet vierteljährlich  
in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 12.  
Bringerlohn monatlich 50 Pfg. Durch-  
Post bezogen Mk. 12.  
— Fernsprecher Nr. 1 —

Bei Anzeigen wird die einseitige  
Raum mit 50 Pfg.  
berechnet. Anzeigen-  
Wiederholungen entsprechend Rabatt.  
Girokonto Kreisbank Laasphe Nr. 89  
— Postfachkonto Edin 40449 —

## Ämtliches.

### Bekanntmachung.

Wie im vergangenen Jahr, so können auch in diesem Sommer  
vom Wohlfahrtsamt (Kriegsbeschädigten-, Kriegshinterbliebenen-, Für-  
sorge) eine Anzahl erholungsbedürftiger Kriegerwitwen und  
Kinder schwerbeschädigter, die einen vollen Arbeitsverdienst  
nicht erzielen oder sich in besonderer wirtschaftlicher Not-  
lage befinden, zur Kur in Erholungs- bzw. Genesungs-  
heime entsandt werden. Wir erlauben daher alle Kriegerwitwen  
und schwerbeschädigten, die erholungsbedürftigen Kinder haben, diese  
umgehend dem Ortsamt (Bürgermeister, Amtmänner) namhaft  
zu machen.

Berleburg, den 7. Februar 1922.

Wohlfahrtsamt des Kreises Wittgenstein in Berleburg.  
J. V. Weber, Kreissekretär.

### Bekanntmachung.

Zunfolge Beschlusses unseres Ausschusses vom 9. Dezember 1921  
können vom Beginn dieses Jahres ab wieder Bewilligungen für  
Zahnerfahrfahrer erfolgen und deshalb Anträge auf Gewährung von Bei-  
hilfen zur Beschaffung von Zahnerfahrfahrern bei der Krankenkasse oder der  
zuständigen Ortsbehörde (Bürgermeisteramt, Bürgermeisterei, Amt)  
gestellt werden.

### Voraussetzungen:

1. Der Bewerber muß bei Stellung des Antrages im Bezirk der  
Landesversicherungsanstalt Westfalen wohnen oder in Ermangelung  
eines festen Wohnsitzes sich dort aufhalten und als Versicherter 200,  
als Selbstversicherter 500 anrechnungsfähige Beitragsjahre nach-  
weisen. Ehefrauen von Versicherten können nur auf Grund eigener  
Versicherung, nicht der ihres Mannes, eine Beihilfe gewährt werden.

2. Den Empfänger von Invaliden- oder Witwenrenten (wegen  
dauernder Invalidität), sowie Versicherten, die bereits Invalid sind  
oder das 60. Lebensjahr überschritten haben, wird eine Beihilfe zur  
Beschaffung von Zahnerfahrfahrern nicht bewilligt.

Durch das Fehlen der Zähne muß infolge der durch mangelhafte  
Kausfähigkeit herbeigeführten Verwundungen der Gesundheits-  
zustand des Antragstellers so nachteilig beeinflusst sein, daß ohne Be-  
schaffung des Zahnerfahrfahrers der Eintritt dauernder Invalidität zu be-  
fürchten ist. (§ 1269 R.D.). Wenn die Beschaffung des Zahnerfahrfahrers  
a. B. lediglich des besseren Aussehens wegen — aus Schönheitsrück-  
sichten — erfolgen soll, ist auf die Erlangung einer Beihilfe nicht zu  
rechnen. Beim Ersatz bis zu 5 Jahren wird ein Kostenzuschuß nur  
bewilligt, wenn es sich um neben- oder gegeneinander fehlende Schnei-  
dähne handelt, deren Fehlen das Abbeißen und die Deutlichkeit der  
Aussprache erheblich beeinträchtigt.

4. Anträge auf Gewährung einer Beihilfe für bereits beschaffte  
Beihilfen sind zwecklos; die Anfertigung darf keinesfalls vor der Be-  
willigung des Zuschusses in Auftrag gegeben werden.

Die nach vorstehenden und den auf dem Kostenanschlag ver-  
merkten besonderen Bestimmungen vorbereiteten Anträge sind unter  
möglichster Befreiung an uns einzuliefern; baldige Entscheidung  
wird erfolgen. Der von der Krankenkasse oder Landesversicherungs-  
anstalt für Angehörige bereits in Aussicht gestellte Zuschuß ist anzu-  
geben. Bei Vermehrung der Beihilfen werden nur die Kosten des Zahner-  
fahrfahrers berücksichtigt. Die Kosten der Mundvorbereitung (Entfernung  
der Zähne, Prothesen, Plombieren usw.) bleiben außer Betracht. Bei  
Krankenkassenmitgliedern kommt die Krankenkasse hierfür auf; die  
übrigen Versicherten müssen diese Kosten selbst bezahlen.

## Napoleons Detektiv.

Historischer Roman von Conan Doyle.

Nachdruck verboten.

„Versuchen Sie vielleicht zufällig Englisch?“

„Ja, denn ich habe die größte Zeit meines Lebens  
in England verbracht. Aber Sie sind doch wohl kein  
Engländer? Ich habe gehört, daß seit dem Bruch des  
Vertrages von Amiens jeder Engländer in Frankreich  
hinter Schloß und Riegel kommt.“

„Nein, ich bin kein Engländer“, antwortete er,  
„ich bin Amerikaner. Ich bin Robert Fulton. Ich  
komme zu diesen Empfangsabenden nur, damit der  
Kaiser mich nicht aus dem Gedächtnis verliert. Er  
prüft einige Erfindungen von mir, die in der Kriegs-  
führung der Marine große Veränderungen hervor-  
bringen werden.“

Ich fragte diesen merkwürdigen Amerikaner, was  
das für Erfindungen seien. Aber seine Antworten  
waren so verworren, daß ich fürchtete, es mit einem  
Fressfinstern zu tun zu haben. Er hatte nämlich die  
Idee, mittels Kohle und Holz, die im Innern eines  
Schiffes gebracht werden sollten, das Fahrzeug gegen  
Wind und Strömung vorwärts zu bringen. Es war  
noch ein anderer Unsinn, von schwimmenden Häusern  
mit Schießpulver gefüllt, die das Schiff in die Luft  
sprengen würden, sobald es an sie stieß.

Ich hörte ihm damals mit nachsichtigem Lächeln zu,  
aber wenn ich jetzt, in meinen alten Tagen, an ihn  
zurückdenke, so ist es mir klar, daß nicht einer dieser  
Krieger oder Staatsmänner, — nicht einmal der Kaiser  
selbst — einen so großen Einfluß auf die Welt aus-  
geübt hat, als dieser stille Amerikaner, der so einfach  
und alltäglich dahinschritt zwischen diesen goldstrotzen-  
den Uniformen und den orientalischen Gewändern der  
Hofgesellschaft.

Plötzlich breitete sich tiefes Schweigen über den  
Saal — kaltes, ungemütliches Schweigen, wie es über  
fröhliche, tollende Kinder fällt, wenn ein strenges Ge-  
sicht sich unter ihnen zeigt. Das Schweigen und Nachden-

Die Landesversicherungsanstalt gewährt an Beihilfen zur Be-  
schaffung von Zahnerfahrfahrern:

a) Krankenkassenmitgliedern als Regel: ein Drittel der Kosten,  
b) Versicherten, die keiner Krankenkasse angehören: bis zu 1/2 der  
Kosten.

c) Versicherten, die zugleich bei der Landesversicherungsanstalt für  
Angehörige versichert sind: ein Viertel der Kosten.

Der nicht von uns und der Krankenkasse übernommene Kosten-  
teil muß sichergestellt sein.

Bei günstigen Vermögens- und Einkommensverhältnissen bleibt  
die Festsetzung einer Beihilfe vorbehalten.

An den Kosten der Erneuerung oder Umarbeitung eines Gebisses  
beteiligt sich die Landesversicherungsanstalt in der Regel nur in den  
Fällen, in denen seit der früheren Bewilligung mindestens 2 Jahre  
verflossen sind.

Unserer Aufgabe über die Gewährung einer Beihilfe wird hinfällig,  
wenn das Gebiß innerhalb 3 Monaten nach unserer Genehmigung  
noch nicht abgeliefert oder ein triftiger Grund der Verzögerung nicht  
mitgeteilt ist.

Außer Zahnärzten kann von einer Krankenkasse zugelassenen tüch-  
tigen Zahnmechanikern, unter Aufsicht der Behandlung von Mund-  
und Kieferkrankheiten, die Anfertigung des Zahnerfahrfahrers übertragen  
werden. Ueber die Zulassung von Zahnmechanikern vergl. § 123 der  
Landesversicherungsordnung und den Erlaß des Ministers des Innern  
vom 2. 12. 1913. Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwal-  
tung 1913, S. 638. Den Krankenkassen bleibt es anheimgestellt, nach  
Eingang unserer Genehmigung die Lieferung des Gebisses zu veran-  
lassen und uns demnach die Rechnung zur Erfüllung der vorgelegten  
Kosten oder zur Bezahlung einzuliefern.

Die Auszahlung der auf volle Mark abgerundeten Beihilfen erfol-  
gt im Laufe des auf den Eingang der Rechnung folgenden Monats  
und zwar an:

die Krankenkasse, wenn sie die Kosten vorgelegt, und der  
Landesversicherungsanstalt die Rechnung eingekündet hat,  
den Antragsteller, sofern er selbst die Rechnung beizubringen hat,  
den Anfertiger des Gebisses (Zahnarzt, Zahnmechaniker) bei un-  
bezahlten Rechnungen.

Mitgliedern der Landesversicherungsanstalt für Angehörige ist zu  
empfehlen, bei dieser, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193/195,  
unter Beifügung der oben genannten Unterlagen (ärztl. Bescheinigung und  
Kostenvoranschlag) gleichzeitig wegen Gewährung einer Beihilfe vor-  
zulegen zu werden.

Wegen Erhöhung der Gebühren für die Anfertigung des Zahner-  
fahrfahrers haben wir mit dem wirtschaftlichen Verbande deutscher Zahn-  
ärzte, Landesverband Westfalen-Lippe, in Unterhandlungen, die nahe  
vor dem Abschluß stehen.

Münster, den 4. Januar 1922.

Landesversicherungsanstalt Westfalen. Ges. Althoff.

Berleburg, den 24. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes. J. V. Weber, Kreissekretär.

## Die Vertrauensfrage.

### Vor der Entscheidung.

Das Reichskabinett Wirth ist in die schwerste Krise  
eingetreten, der es bisher ausgesetzt war. Aus An-  
laß des Eisenbahnerstreiks sind im Reichstag fünf  
Misstrauensanträge gegen die Reichsregierung einge-  
bracht worden.

Schon am Freitag lag ein Antrag  
der Unabhängigen vor, in dem die Regierungs-  
maßnahmen während der Berlebsstrife mißbilligt wer-  
den. Hierzu wurde ein kommunistischer Zusatzantrag  
gestellt, die Regierungserklärung vollständig abzuleh-  
nen. Ferner lagen zwei kommunistische Anträge  
vor, die die Einstellung der Disziplin- und Ent-  
lassungsverfahren verlangen. In der Sonnabenditzung  
des Reichstages kamen dann noch ein deutschnatio-  
naler und ein volksparteilicher Antrag zu,  
die sich in der Hauptsache gegen die Person des  
Reichskanzlers Wirth richteten und unzweideutige  
Misstrauenserklärungen enthielten.

Wäre es am Sonnabend im Reichstag zu einer  
Abstimmung gekommen, so hätte wohl keiner dieser  
Misstrauensanträge, die in ihren Motiven und in ihrer  
Begründung einander zum Teil entgegengesetzt wa-  
ren, die Stimmen sämtlicher Oppositionsparteien auf  
sich vereinigt. Der Antrag der Deutschnationalen  
hätte außer deren eigenen Stimmen höchstens noch  
die der Kommunisten erhalten, die Anträge beider  
kommunistischen Gruppen höchstens die Stimmen aller  
Kommunisten. Für den Antrag der Unabhängigen  
wäre außer deren Stimmen nur die der Kommunisten  
zu haben gewesen, für den der Deutschen Volkspartei  
nur die Stimmen der Deutschnationalen. So hätten  
lauter wechselnde Mehrheiten die regierungsfeindlichen  
Anträge verworfen.

Nach den bisherigen Gepflogenheiten war anzu-  
nehmen, daß die Regierung sich mit der Ablehnung  
der Misstrauensvoten begnügen würde. Da stellte der  
Reichskanzler am Schluß der Debatte über die Regie-  
rungserklärung zum Eisenbahnerstreik die Vertrau-  
ensfrage und verlangte von dem Reichstag die  
klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in sei-  
ner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner  
Politik ermöglichen wolle oder nicht. Zur großen Ueber-  
raschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen  
Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß  
etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauens-  
voten der Rechts- und Linksparteien mit wechsel-  
nden Mehrheiten abgelehnt würden. Er bedürfe viel-  
mehr zur Weiterführung der Geschäfte einer posi-  
tiven Vertrauenskundgebung des Reichstages  
und stelle an die Regierungsparteien das formelle  
Ersuchen, einen solchen Vertrauensantrag einzubringen.

Diesem Ersuchen entsprachen die Regierungsparteien  
alsbald, indem sie einen klarformulierten Vertrauens-  
antrag einbrachten. Auf Antrag des Zentrums wurde  
die Abstimmung über diesen Antrag auf Mittwoch  
verschoben, und zwar mit der Begründung, daß in-  
folge der Berlebsverhältnisse zahlreiche Abgeordnete,  
vor allem auch das Zentrum, nicht hätten in Ber-  
lin erscheinen können.

Ich kam mir vor wie ein Gefangener, der hinter dem  
Triumphwagen eines Eroberers hergeführt wird.

Und dann hatte ich Ursache, mich über etwas  
anderes zu schämen und zwar über das Auftreten des  
Mannes, dessen Diener ich geworden war. Sein Be-  
nehmen war ganz abstoßend. Wie er selbst zugeb,  
lag es in seiner Natur, immer und überall der Erste  
zu sein, und Höflichkeit und die kleinen Schmeiche-  
leien besonders Frauen gegenüber waren ihm verhaßt.  
Die Ritterlichkeit war eine jener Einrichtungen der  
guten Gesellschaften, deren Annahme er verweigerte.

Gegen die Offiziere war er ziemlich lebenswütig  
und hatte ein Kopfnicken und einen Scherz für jeden.  
Auch seinen Schwestern sagte er ein paar Worte, freilich  
im Ton eines Unteroffiziers, der Rekruten drückt.  
Erst als die Kaiserin sich ihm angeschlossen hatte, brach  
seine schlechte Laune aus.

Weshalb tragen Sie diese Strohhaube im Haar,  
Josephine? sagte er gereizt. „Die Weiber haben nun  
an ihren Fuß zu denken, — und selbst da verfallen sie!  
Wenn ich Sie wieder mit dem Ding sehe, so werfe ich  
es ins Feuer, wie neulich Ihren Schal.“

„Sie sind so schwer zu befriedigen, Napoleon.“  
Einen Tag lieben Sie, was Sie den andern abhassen  
finden. Aber ich will den Schmutz nicht wieder tragen,  
wenn er Ihnen mißfällt,“ sagte Josephine mit bewun-  
derndem Gebuld.

Der Kaiser ging ein paar Schritte weiter. Die  
Herrschaften waren zu beiden Seiten zurückgetreten,  
um uns vorbeiziehen zu lassen. Plötzlich blieb er  
stehen und sah die Kaiserin an.

„Wie oft habe ich Ihnen gesagt, Josephine, daß  
ich diese Frauen nicht ausstehen kann.“

„Ich denke auch immer daran, Napoleon.“

„Warum ist dann Madame de Chevreau gegen-  
wärtig?“

„Aber, Napoleon, Madame ist wirklich nicht stark  
zu nennen.“

„Sie ist dicker als es nötig ist. Ich wünsche, Sie  
nicht wieder zu sehen. Wer ist das?“ Er war von

Ob die Entscheidung am Mittwoch für oder gegen das Kabinett Wirth ausfallen wird, läßt sich im Augenblick schwerlich bestimmen. Die Regierungsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) zählen insgesamt 220 Stimmen, die Opposition (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Unabhängige und Kommunisten) zählt dagegen 222 Stimmen, also nur 2 Stimmen mehr als die Regierungskoalition. Der Kampf wird durch die Haltung der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Bauernbündler und der Welfen mit insgesamt 24 Sitzen sowie durch die Zahl der fehlenden oder sich der Stimme enthaltenden Abgeordneten entschieden werden. Die Haltung der Bayerischen Volkspartei ist zunächst noch ungeklärt. Da diese Fraktion angeblich nicht für eine der eingebrachten Mißtrauensvoten hatte stimmen wollen, läßt sich immerhin annehmen, daß sie nunmehr sich doch noch für das Vertrauensvotum entscheiden wird. In diesem Falle würde sich vielleicht eine sehr geringe Mehrheit für das Vertrauensvotum ergeben. Jedoch bleibt es zweifelhaft, ob sie groß genug sein wird, um dem Kabinett Wirth für sein Verbleiben eine genügende Grundlage zu schaffen.

## Am Genua.

**Lloyd George gegen eine Verschiebung der Konferenz.**  
Nach einer Sabasmeldung aus London wollen Lloyd George und die Kabinettsmehrheit grundsätzlich keine Aufschubung der Konferenz von Genua. Lloyd George vertritt den Standpunkt, daß bei dem Bemühen, das Gleichgewicht der allgemeinen Wirtschaftslage wieder herzustellen, keine Zeit zu verlieren sei und daß infolgedessen der für die Eröffnung der Konferenz vorgesehene Zeitpunkt festgehalten werden müsse, wenn nicht Italien selbst einen Aufschub verlange. Die Resolution von Cannes, so erklärt man, gebe für die Arbeit der internationalen Wirtschaftskonferenz genügende Sicherheiten.

Wie Sabas ferner mitteilt, hat die britische Regierung noch nicht auf die französische Genua-Note geantwortet. England sei gegenwärtig für eine vorbereitende Zusammenkunft englischer, französischer und italienischer Sachverständiger, die die technischen Fragen, die für die Konferenz von Genua vorliegen, einer Prüfung unterziehen sollen. Die französischen Kreise stehen einer derartigen technischen Vorbereitung günstig gegenüber. Diese würde wahrscheinlich in Paris abgehalten werden, doch wünschen die französischen Kreise, daß sowohl alle Alliierten als auch die kleine Entente daran teilnehmen.

Das französische Ministerium des Äußern hat bereits zwei Ausschüsse zur Vorbereitung der Konferenz von Genua eingesetzt. „Petit Parisien“ erklärt, daß auch in London vorbereitende Beratungen begonnen hätten.

Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ sagt, die Sachverständigenkonferenz sei das einzige Zugeständnis, das Frankreich gemacht werden würde. Auf eine Vertagung von drei Monaten würde man sich nicht einlassen. Es werde angenommen, daß ein Hinausschieben des Beginns der Konferenz um 14 Tage für die Vorbereitungen genüge.

### Amerika fordert Aufklärung.

Nach einer Neuter-Meldung aus Washington verläutet aus gut unterrichteten Kreisen, daß die amerikanische Regierung von der französischen Regierung eine präzise Erklärung über ihre Haltung zur Konferenz von Genua gefordert habe. Die Neuter-Meldung läßt durchblicken, daß die Vereinigten Staaten ihre Antwort auf die Einladung zur Konferenz von der französischen Erklärung abhängig machen werden.

einer jungen Dame in blauem Kleide stehen geblieben, deren Knie zitterten, als sie der schreckliche Kaiser mit seinen Blicken durchbohrte.

„Das ist Mademoiselle de Bergerot.“

„Wie alt sind Sie?“

„Dreißundzwanzig, Eure.“

„Es ist Zeit, daß Sie heiraten. Jedes Mädchen sollte mit dreißundzwanzig Jahren verheiratet sein. Wie kommt es, daß dies noch nicht geschehen ist?“

Das arme Mädchen war unfähig, eine Antwort zu geben, und so kam ihr die Kaiserin zu Hilfe und bemerkte, daß diese Frage den jungen Herren vorzulegen sei.

„O, liegt's daran?“ sagte der Kaiser. „Da müssen wir einen Gemahl für Sie suchen.“

Zu meiner Schrecken hefteten sich seine Augen fragend auf mein Gesicht.

„Und Ihnen eine Frau, Monsieur de Dabal.“

„Agte er hinzu. „Schon gut, schon gut, — wir werden sehen! — Wie heißen Sie?“ fragte er einen genial aussehenden Herrn in schwarzem Anzug.

„Gretsch. Komponist, Eure.“

„Ja, ja, ich erinnere mich. Ich habe Sie schon hundertmal gesehen und kann Ihren Namen nicht behalten.“

„Wer sind Sie?“

„Ich bin Joseph de Chenier, Eure.“

„Natürlich. Ich habe Ihre Tragödie gesehen. Ich habe den Namen vergessen, aber sie war gut. Sie haben noch andere Dichtungen geschrieben, nicht wahr?“

„Ja, Eure. Ich hatte die Erlaubnis, Ihnen meinen letzten Band Gedichte widmen zu dürfen.“

„So, so, aber ich hatte noch keine Zeit, sie zu lesen. Es ist schade, daß wir jetzt keine großen Dichter in Frankreich haben; die Ereignisse der letzten Jahre würden einem Homer oder einem Virgil würdigen Stoff geliefert haben. Wen halten Sie für Frankreichs größten Dichter?“

„Dann sind Sie ein Dummkopf; denn Corneille war unendlich bedeutender. Ich habe kein Ohr für Versmaß oder dergleichen; aber ich verstehe den Geist der Dichtung und ich weiß, daß Corneille der bei weitem größere Dichter ist. Ich hätte ihn zum Premierminister gemacht, wenn er das Glück gehabt hätte, in meiner Epoche zu leben. Ich bewundere seinen Verstand, seine Menschkenntnis und sein tiefes Gefühl. Was schreiben Sie jetzt?“

„Ich schreibe eine Tragödie „Heinrich der Biergähte“, Eure.“

(Fortsetzung folgt.)

## Ein neuer Reparationsplan.

Herabsetzung der deutschen Schulden um 43 Milliarden.

Wie die Pariser Regierungspresse mitteilt, besteht der Plan, durch Streichung der alliierten Schulden an England und Amerika eine Herabsetzung der deutschen Reparationsschulden möglich zu machen und den Rest der deutschen Schulden durch eine internationale Anleihe zu mobilisieren.

Es handelt sich hierbei um einen Vorschlag, den Lloyd George seinerzeit dem französischen Minister Loucheur gemacht hat. Es sollte danach die deutsche Schuldsumme um den Gesamtbetrag der englischen, französischen und italienischen Schulden vermindert werden, d. h. also, es solle versucht werden, daß Amerika und England sich bereit erklären, von Frankreich und Italien die deutschen Schuldverschreibungen der Serie C anzunehmen, die alsdann annulliert werden. Ferner solle England auf seinen 22proz. Anteil an den deutschen Zahlungen, d. h. also etwa 29 Milliarden Goldmark, verzichten, und schließlich sollen alle Gläubiger Deutschlands auf die Summen verzichten, die sie für Kriegspensionen in die Schadensrechnung eingeschrieben haben. Auf diese Art und Weise werde sich die Gesamtsumme der deutschen Zahlungen auf einige 60 Milliarden reduzieren, die durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden sollen.

Dieser Plan ist damals gescheitert, weil die zu seiner Verwirklichung notwendige Einwilligung der Vereinigten Staaten zur Streichung der alliierten Schulden an Amerika nicht hätte erlangt werden können. Nunmehr haben seit einiger Zeit englische Kreise in Uebereinstimmung mit der französischen Ansicht diesen Plan wieder aufgegriffen, und es besteht die Absicht, noch vor der Konferenz von Genua sich mit der Frage einer internationalen Anleihe für die deutschen Reparationen zu beschäftigen.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich auf der Konferenz der alliierten Sachverständigen zur Sprache kommen, die demnächst zur Vorbereitung der Konferenz von Genua in Paris oder London zusammengetreten wird. Die Durchführbarkeit dieses großzügigen Planes hängt jedoch nicht von den Alliierten allein ab, sondern in der Hauptsache von Amerika und England, auf deren Kosten die Streichung der alliierten Schuld geht. Und Amerika dürfte sich kaum zu solch weitgehenden Zugeständnissen verstehen, so lange Frankreich seine imperialistische Politik weiter verfolgt und Milliarden auf Milliarden dem Aufwuchswahn opfert. Ob die Einsicht in Frankreich schon so weit gediehen ist, möchten wir stark bezweifeln. Aus diesem Grunde werden wir Deutsche gut daran tun, uns vorerst nicht unnützen Hoffnungen hinzugeben.

## Politische Mundschau.

**Beisprechungen der Mehrheitssozialisten mit dem Reichskanzler.**

— Berlin, 13. Februar. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute vormittag die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer längeren Besprechung empfangen, die sich fast ausschließlich um die gegenwärtige Regierungskrisis drehte. Im Anschluß an diese Aussprache trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der jedoch lediglich die laufenden Angelegenheiten erörtert wurden.

**Das Mißtrauensvotum der Deutschen Volkspartei.**

— Berlin, 13. Februar. Entgegen einer Behauptung des „Berl. Tageblattes“, daß eine beträchtliche Minderheit in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegen das Mißtrauensvotum für die Person des Reichskanzlers Dr. Wirth sich ausgesprochen habe, stellt die „Zeit“ parteiöffentlich mit, daß der Beschluß der Fraktion mit sämtlichen gegen 2 Stimmen gefaßt worden ist.

**Die Disziplinierung der Eisenbahnbeamten.**

— Berlin, 13. Februar. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab. Bekannte Klage wurde von einer Anzahl Beamtenvertretern darüber geführt, daß zahlreiche Anträge auf Einleitung von Disziplinierungen seitens der Direktionspräsidenten oder anderer Dienststellen eingeleitet worden seien. Die Reichsgewerkschaft hat deshalb dem Reichskanzler eine Eingabe überreicht, in der der Kanzler gebeten wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Disziplinierungen sich im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien halten. Weiter heißt es in der Eingabe, daß das bisherige Vorgehen der nachgeordneten Dienststellen bei den Eisenbahnern große Erregung hervorgerufen habe und daß, falls die Regierung nicht für Abhilfe Sorge; mit neuen ähnlichen Aktionen gerechnet werden müsse.

**Nachklänge des Berliner Gemeindearbeiterstreiks.**

— Berlin, 13. Febr. Der Magistrat hat nach dem letzten großen Streik der städtischen Arbeiter etwa 1500 Straßenbahn-Angestellten und 700 Arbeiter der Gaswerke nicht wieder eingestellt.

**Conrad Haumann †.** Der bekannte demokratische Reichstagsabgeordnete Conrad Haumann ist wenige Tage nach Vollendung seines 65. Lebensjahres in seiner Vaterstadt Stuttgart an den Folgen einer Grippe gestorben. Der Verstorbene war eine der markantesten Parlamentarier der letzten Jahrzehnte. Über 30 Jahre lang gehörte er sowohl dem Reichstag wie dem württembergischen Landtag an. Mit ihm scheider eine hervorragende und bei allen Parteien gleich beliebte Persönlichkeit aus dem politischen Leben. Er war mit seinem Parteifreund v. Beyer der anerkannte Führer der süddeutschen Demokraten. Große Verdienste hat sich Haumann um das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches und später um die Verabschiedung der neuen Reichsverfassung erworben. In den letzten Jahren wandte er sich der auswärtigen Politik zu, über die er häufig als demokratischer Redner im Reichstag sprach. Kurze Zeit, unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden, war Conrad Haumann parlamentarischer Staatssekretär, die Revolution machte dem ein Ende. An der neuen Verfassung hat er in seiner

Eigenschaft als Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Weimarer Nationalversammlung wichtige Mitarbeit geleistet. — Der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichstagspräsident haben der Witwe des Verstorbenen telegraphisch ihr Beileid ausgesprochen.

**Freigabe der deutschen zivilen Luftfahrtindustrie.**

Die französische Presse hatte die Möglichkeit der deutschen Luftfahrtindustrie bezweifelt. Tatsächlich ist jedoch die Note mit der Entscheidung der Völkervereinigung vom 1. Februar bereits im Auswärtigen Amt überreicht. Diese Entscheidung besagt, daß die Frist von drei Monaten, nach deren Ablauf Deutschland gemäß der Völkervereinigung vom 22. Juni 1920 die Herstellung, Aus- und Einfuhr von zivilen Luftfahrzeugen wieder aufnehmen darf, am 5. Februar zu laufen beginnt. Deutschland wird jedoch verpflichtet die Verpflichtung aufzuerlegen, die durch die alliierten Regierungen aufgestellten Begriffsbestimmungen anzuerkennen, die die zivile Luftfahrtindustrie von der verbotenen militärischen unterscheiden sollen. — Die alliierten Regierungen wollen sich durch ständige Ueberwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtung erfüllt. — Die oben erwähnten „Begriffsbestimmungen“ sind der deutschen Regierung noch nicht mitgeteilt, auch über die Durchführung der Luftfahrtskontrollen ist noch keine Entscheidung getroffen. Bisher wurde die Ueberwachung der deutschen Luftfahrt durch die vom General Macerian geleitete Entente-Kommission ausgeübt. Daß die Frage der Luftfahrt mit der Räumung der neu besetzten Gebiete in Zusammenhang zu bringen sei, wird von der Pariser Presse jetzt bestritten. Das „Journal des Debats“ bemerkt dazu, die Räumung der drei deutschen Rheinhäfen, der Frankreich gegen das Versprechen einer dauernden Kontrolle über Deutschland zugesagt haben sollte, sei, für den Augenblick wenigstens, nicht in Aussicht genommen.

**Österreich: Englische Kredithilfe.**

Der englische Gesandte in Wien hat der österreichischen Regierung eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die englische Regierung beschloßen hat, Österreich einen Kreditvorschlag von zwei Millionen Pfund zu geben. Außerdem sind in Wien in Regierungskreisen Meldungen eingetroffen, daß sich der englischen und französischen Kreditaktion für Österreich auch Holland und Dänemark anschließen werden.

**Italien gegen eine Vertagung der Genua-Konferenz.**

— Berlin, 13. Februar. Wie die „Nationalzeitung“ aus diplomatischen Kreisen erfahren haben will, hält die italienische Regierung nach wie vor an dem für die Konferenz in Genua ursprünglich festgesetzten Termin des 8. März fest.

**Kein Wort über Versailles.**

— Paris, 13. Februar. Der „Matin“ läßt sich aus London melden, die englische Regierung habe Frankreich formell zugesichert, daß auf der Konferenz von Genua eine Diskussion über die Abänderung der bestehenden Friedensverträge nicht zugelassen werden würde.

**Amerikanische Parlamentarier in Deutschland.**

— Hamburg, 13. Februar. Aus Amerika wird die Ankunft einer Abordnung der Kongreßmitglieder Nordberg, Britten und Burnell in Deutschland angekündigt, die für freundschaftliche Handelspolitik zwischen Amerika und Deutschland eintreten. Sie werden eine Reise durch ganz Deutschland unternehmen mit Unterstützung der diesseitigen Handelskammern. Das Ziel der Reise ist in hohem Maße von wirtschaftspolitischer Bedeutung.

**Irland: Standrecht in Nordirland.**

Die republikanischen Militärbehörden des Freistaates Irland haben über den Bezirk von Großmolina (Provinz Connaught, Grafschaft Mayo) wegen der vorgekommenen Gewalttätigkeiten, Brandstiftungen und Viehdiebstähle das Standrecht verhängt. Zehn Personen wurden wegen Viehdiebstahls verhaftet. Bei einem Feuergefecht, das in Clones (Provinz Ulster, Grafschaft Monaghan) zwischen republikanischen Truppen und Spezialkommandos stattgefunden hat, wurden vier Konstabler und ein republikanischer Soldat getötet.

**Rußland: Bankrott der Sowjetbank.**

Die sowjetrussische Staatsbank befindet sich in Zahlungsunfähigkeit. Die Russen geben die Unmöglichkeit an, die monopolisierte durch die Staatsbank gedachte Finanzierung und Wiederbelebung der hauptsächlichsten Industriezweige durchzuführen. Der Plan, vermittelst Genossenschaftsbanken eine annähernd genügende Menge innerussischer Kapitalien aufzunehmen und zur Weiterverwertung zu verwenden, ergab ein Fiasko. Die Sowjetregierung beschloß nunmehr die Gründung einer speziellen staatlichen Handelsbank zur Finanzierung fiskalischer Industriezweige. Die Hauptaufgabe der neuen Bank ist die Heranziehung ausländischen Kapitals in Form einer Aktienbeteiligung.

Der Jap-Vertrag zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ist in Washington unterzeichnet worden.

## Zeitgemäße Betrachtungen.

**Vom Streik.**

In einer Zeit der schweren Not läßt man wohl manches gelten, und in dem Kampf ums tägliche Brot sind Streiks durchaus nicht selten. Die Forderung macht die Not ergrimm, die Mehrheit hat für'n Streik man lieh die Arbeit liegen, mag's brechen oder biegen! (Gesamt.)

So geht es heut, längst haben wir nichts Frohes mehr vernommen, ein Gähnen dort, ein Murren hier, und kein Zurruhelommen. Raum ist genehmigt ein Tarif, so geht die Sache wieder schief, die neuere Forderung heißt: Rand'ung auf der Stelle!

Zwar einem schwer bedrückten Land kann soviel Streik nicht frommen, doch ist's selbst im Beamtenland zum Streikbeschuß gekommen. Gewiß, ihn hat der Zeiten Not unzweifelhaft sehr hart bedrückt. Doch diese Streikbewegung erzeugte viel Erregung.

Der alte Winter streng und schwer, läßt seine Macht uns spüren, wir haben keine Kohlen mehr, die Leute müssen frieren. Und ob die Menschheit stöhnt und klagt, das Feuer wie das Licht verflucht, kommt nicht die bessere Wende, gibt's Schrecken ohne Ende!

Soll's nicht auf anderm Wege gehn, Verfländ'ung zu erreichen? Kann's nicht auf andre Art geschehn, Differenzen auszugleichen? Wenn sich die Köpfe selbst kosten, kann ihre Wollfahrt nicht gedulden, und läuft kein Rad mehr weiter, dann wird es bös! — — — Ernst Heide.

## Aus P.

— Zur Gemeldet: Der ... ist, soll ... die Abrechnung Sonntag und es der auf einen ... ausfallen. Aus 12. Februar das Februar zur ... am 20. Februar ... Gesamtmenge ... vom 13. — 19. ... verteuert. De ... ab in Kroll.

— Von zu einer ausreichenden ... besonders in den ... licher Bedeutung. ... Lieben ihre M ... liefern können. ... allerdings, daß ... Mollereien und ... im Durchschnitt ... Milchlieferant ... um 30. ... Knappheit hat ne ... nach veranlaßt ge ... zur Deckung des ... auf alle Fälle ... jeder Art un ... verkehrt geliefert ... landwirtschaftlich ... erzeugen, grunds ... Neuen jeder Art ... neue Milchliefer ... Empfangsort un ... achmer von den ... gegeben haben un ... Bedingungen, ... werden, abhebt ... der Vertragsbedi ... schrift ist gemä ... sich auch berent ... teilung obiger ...

† Zur S ... der evangelischen ... wird von der C ... in unserem Kre ... a. B. in Berle ... hausein, Dient ... Herrn Pastor H ... bisherigen Erg ... gelassen. Oetg ... Wittenstein be ... der fernerseits ... ist. Zwei der ... Gebiete des Erz ... Die machvoll ... allen Widerst ... Älteren Eltern ... finden verschied ... weichen Teil ...

— Land ... Stelle auf die ... findende Ber ...

— Land ... icht doch einer ... Temperaturen ... Es wäre aber ... Erscheinungen ... und Kofel's ... Heilmittel. ... grimmigen Ge ... es muß doch ...

— Bau ... wagen ver ... Die Vorarbeit ... würde der Weg ... Herberkshausen ... Anschließ an d ...

— M. Küpp ... sich auf dem ...

— Erdbe ... die Erhaltung ... versammlung ... einleitenden V ... Stand der S ... kommenden E ... gelischen Teil ... erstlich erfr ... Widerspruch ... dung im Sin ... Elternabend g ...

— A. ... Nicht beste ... faßt, die G ... den Klein ... schenkwang ... daß der C ... folgen hal ... fische Sta ... zur Begrü ... der Aufhe ... Leute den ... durch eine ... Dränger ...

— An me ... Hinweis gin ...

— In Ab ... 12. 1921 se ... preise wie folg ...

— Berle ...

## Aus Laasphe und Umgegend.

**— Zur Brotpreissteigerung.** Aus Berlin wird gemeldet: Der neue Brotpreis, dessen Höhe noch nicht ganz festgesetzt ist, soll zum 16. Februar eintreten. Nun erfolgte ferner die Abrechnung für Mehl mit den Bäckern von Montag zu Sonntag und es hat seine Schwierigkeiten, jetzt am 16. Februar, der auf einen Donnerstag fällt, die neue Abrechnungsweise einzuhalten. Aus diesem Grunde wird man den Bäckern bis zum 12. Februar das Mehl zu dem alten Preise liefern, vom 13. — 19. Februar zur Hälfte zum alten, zur Hälfte zum neuen Preis. Am 20. Februar tritt die Verrechnung zum neuen Preis für die Gesamtmenge des Mehls ein. Das Brot wird in der Woche vom 13. — 19. Februar nur mit dem halben neuen Aufschlag verkauft. Der volle Brotpreis tritt daher erst am 20. Februar ab in Kraft.

**— Von zukünftiger Seite wird uns geschrieben:** Zur Sicherung einer ausreichenden und gleichmäßigen Milchversorgung, besonders in den großen Bedarfsgemeinden, ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß die Milch-Erzeuger und Molkereien nicht nach Belieben ihre Milch heute an diesen und morgen an jenen Abnehmer liefern können. Bis vor kurzem glaubten die maßgebenden Stellen allerdings, daß es ausreichen würde, wenn nur die größeren Molkereien und Betriebe, in denen täglich mehr als 100 Liter Milch im Durchschnitt gewonnen werden, verpflichtet wären, ihre bisherigen Milchlieferungsverträge aufrecht zu erhalten (vergl. § 5 der Verordnung vom 30. April 1921). Mit Rücksicht auf die große Milchknappheit hat neuerdings der Staatskommissar für Volksernährung sich veranlaßt gesehen, durch eine Verordnung vom 1. Dezember d. Js. zur Deckung des unentbehrlichen Milchbedarfs die obige Vorschrift auf alle Milchhaltenden Betriebe auszudehnen, welche an Sommerstellen jeder Art und an sonstige Betriebe Milch für den Geschäftsbetrieb geliefert haben. Hiernach sind also nunmehr auch kleinere landwirtschaftliche Betriebe, die weniger als 100 Liter Milch täglich erzeugen, grundsätzlich verpflichtet, ihre bisherigen Abnehmer (Sammelstellen jeder Art und sonstige Betriebe) weiter zu beliefern und dürfen neue Milchlieferungsverträge nach einem anderen als ihrem bisherigen Empfangsort nur dann abschließen, wenn sie ihrem bisherigen Abnehmer von dem beabsichtigten neuen Lieferungsvertrage Kenntnis gegeben haben und dieser den Abschluß eines Vertrages zu entsprechenden Bedingungen, die nötigenfalls durch ein Schiedsgericht festgestellt werden, ablehnt oder eine Erklärung binnen 2 Wochen nach Kenntnis der Vertragsbedingungen nicht abgibt. Jede Verletzung dieser Vorschrift ist gemäß § 16 a. O. strafbar. Nach § 48 St. G. B. macht sich auch derjenige als Anstifter strafbar, der jemanden zur Verletzung obiger Vorschrift vorsätzlich bestimmt.

**† Zur Schulfürge.** Die Elternbewegung zur Erhaltung der evangelischen Schule wächst beständig. Aus dem ganzen Reich wird von der Gründung immer neuer Ortsgruppen berichtet. Auch in unserem Kreise entstanden schon eine Reihe örtlicher Elternbünde, z. B. in Berleburg, Girkhausen, Langewiese, Mollseifen, Wundtshausen, Driedenshausen und Altschhausen. Die Arbeit wird durch Herrn Pastor Felder-Weidenau weitergeführt und verspricht nach den bisherigen Ergebnissen einen sicheren und vollen Erfolg. — Die einzelnen Ortsgruppen beschäftigen sich demnach als Kreisgruppe Wittenstein des evangelischen Elternbundes Westfalens zu organisieren. Der feierliche Wieder dem Reichsverband als Mitglied beigetreten ist. Zweck der Organisation ist, die evangelischen Interessen auf dem Gebiete der Erziehung und Schulwesens zu vertreten und zu fördern. Die machtvoll wachsende Bewegung gibt das Vertrauen, daß trotz allen Widerstandes dieser Zweck erreicht werden kann. Die evangelischen Eltern werden ihre Elternrechte wahren. — In dieser Woche finden verschiedene Vorträge über die Schulfürge im südlichen und westlichen Teil des Kreises statt.

**\* Laasphe, 15. Febr.** Wir versehen nicht, auch an dieser Stelle auf die heute Abend im Fuch'schen Saale hier selbst stattfindende Veranstaltung aufmerksam zu machen.

**\* Laasphe, 15. Febr.** Die anhaltend grimmige Kälte scheint jetzt doch einer mildernden Bitterung Raum geben zu wollen. Die Temperaturen sind in den letzten Tagen immer mehr gestiegen. Es wäre aber auch höchste Zeit, da die starken Fröste manche üblen Erscheinungen im Gefolge hatten, namentlich an Wasserleitungen und Klosetts, ganz abgesehen von dem ungeheuren Bedarf an teurem Heizmaterial. — Und drückt der Winter noch so sehr, — mit grimmigen Gewittern, — und kreuzt er Schnee und Eis umher, — es muß doch Frühling werden!

**— Banke, 15. Febr.** Das Bankeal erstreckt ebenfalls Kraftwagenverbindung in der Richtung auf Dillenburg zu. Die Vorarbeiten sind bereits eingeleitet. Rame das Werk zustande, würde der Weg der Autopostverbindung über Laasphe, Friedrichshütte, Gerbershausen, Banke, Mandeln, Steinbrücken, Frohnhäusen mit Anschluß an die Bahn in Dillenburg führen.

**† Rappertshausen, 15. Febr.** Ein zehnjähriger Knabe, der sich auf dem Eise vergangen, brach beim Hinfallen ein Bein.

**Grundbesitz, 14. Febr.** Zu einer einmütigen Kundgebung für die Erhaltung unserer christlichen Schule gestaltete sich die Elternversammlung am gestrigen Abend im Fuch'schen Saal. In einem einleitenden Vortrage wurden die Zuhörer in den gegenwärtigen Stand der Schulfürge eingeführt und die einzelnen in Betracht kommenden Schulfragen ausführlich besprochen. Daß für den evangelischen Teil unseres Volkes die christliche evangelische Schule allein ersichtlich erachtet werden müsse, wurde von den Anwesenden ohne Widerspruch anerkannt. Die weitere Entwicklung der Schulentscheidung im Sinne der christlichen evangelischen Schule soll durch einen Elternabend gefördert werden.

**Die Genehmigungspflicht für den Viehhandel bleibt bestehen.** Vom Reichsrat wurde der Beschluß gefaßt, die Genehmigungspflicht für den Viehhandel und den Kleinhandel mit frischem Fleisch sowie den Schlachthausgewerbe nicht aufzuheben. Auch die Bestimmung, daß der Handel allgemein nach Lebendgewicht zu erfolgen habe, soll noch bestehen bleiben. Der preussische Staatskommissar für Volksernährung erklärte zur Begründung, es bestünde die Befürchtung, daß bei der Aufhebung der Konzeptionspflicht alle möglichen Leute den Kleinhandel mit Fleisch betreiben und dadurch eine weitere erhebliche Verteuerung für die Verbraucher eintreten würde.

### Briefkasten der Schriftleitung.

An mehrere Mitglieder der Freien Gewerkschaften. Der betr. Hinweis ging nicht von uns aus, sondern war eingeschickt worden.

### Bekanntmachung

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 11. 8. 5. 9. und 29. 12. 1921 lege ich hiermit ab 19. Februar 1922 die Brot- und Mehlpreise wie folgt fest:

**Roggenmehl 4. — M. je Pfund,  
 Weizenmehl 4,25 M. je Pfund,  
 ein dreifachbäckerisches Brot 10 M.**

Berleburg, den 14. Februar 1922.

Der Landrat: Dr. Kretschmar.

## Vermischte Nachrichten.

**— Siegen, 15. Febr. (Straßammer.)** Der Bandwirt Wilhelm W. und der Postkassierer Heinrich K., beide aus Greding, hatten wegen Jagdvergehens angeklagt. Ersterer wurde zu 1000 M. Geldstrafe, ebenfalls 20 Tagen Gefängnis, letzterer zu 1500 M. Geldstrafe, ebenfalls 30 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt; auch wurde auf Einziehung des bei der Tat benutzten Gewehres erkannt. Der Jagdschlichter Robert B. aus Sachmannshausen hat beide Verurteile dabei betroffen, als sie, und zwar K. mit dem Gewehr, einen Pächtergang unternahmen.

**— Frankfurt, 14. Febr.** Der durch den Streik verursachte Einnahmeausfall des Frankfurter Hauptbahnhofes ist außerordentlich beträchtlich. In den letzten Tagen vor dem Streik wurden an den Kassen des Hauptbahnhofes durchschnittlich zirka 400 000 M. eingenommen und da der Streik acht Tage währte, so ergibt sich ein Ausfall von über 3 Millionen M. Dazu kommen nun aber noch die Einnahmeausfälle der anderen Frankfurter Bahnhöfe und vor allen Dingen der Güterbahnhöfe. Bekanntlich sind die Einnahmen des Güterverkehrs noch beträchtlich höher, so daß man mit einem Mindesteinnahmeausfall von zirka 12 Millionen rechnen kann.

**— Herford, 13. Febr. (Nachträgliches zum Nordprozeß.)** Die Witwen der Verstorbenen des Nordprozeßes, die bekanntlich die Verhaftung des Bürgermeisters des Siefers veranlaßt hat, hat die Belohnung von 20 000 Mark, die auf die Ermittelung des Mörders gesetzt war, nicht angenommen mit der Begründung, daß sie kein Blutgeld annehme.

**— Drei Kinder erstickten.** Nach einer Meldung aus Havelberg erstickten drei Söhne des Schiffers Ruschold im Alter von 17, 14 und 12 Jahren, die mit ihrem Vater in den Havelberger Wald gingen um Holz zu holen, nachdem sie sich auf dem Rückwege verirrt. Der Vater schleppte sich noch bis Havelberg. Die von ihm auf die Suche nach den Kindern ausgeschickten Personen fanden diese bereits tot vor.

**— Zweibrücken (Hals), 14. Febr.** Bei der Bahnhofsperre fiel ein Ehepaar auf, die Frau in einem weiten Plüschmantel, bedeckt geführt von ihrem Gemann, mit allen Anzeichen eines bald zu erwartenden „freudigen Ereignisses“. Dem Brautpaar fiel jedoch die etwas einsitzige Korpuskel der Dame auf und er ließ sich den Plüschmantel ausziehen. In seinem Entschluß machte er nun die Entdeckung, daß die Frau sich umgesehrt ein Dutzend Paar Schuhe umgebunden hatte, die nun zur sofortigen „Entbindung“ der Enttäuschten führten. Das Brautpaar mußte sich nun noch eine gründlichere Revision gefallen lassen und wurde dann abgeführt. Die „Nachwehen“ dieser „Entbindung“ dürften ziemlich schmerzhaft sein.

**— Kärnten, 14. Febr. (26 Jahre unschuldig im Zuchthaus.)** Im Krankenhaus zu Trofberg starb der Schäfer Josef Schmal von Laßerling im 82. Lebensjahr, der 26 Jahre unschuldig im Zuchthaus verblühte. Der wirkliche Täter hat erst am Gestern seine Tat eingestanden, worauf Schmal sofort wieder entlassen wurde.

**Die Marburger Studenten vor dem Reichsgericht.** Vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig findet die Revisionsverhandlung in dem letzten der Marburger Studentenprozesse statt. Das Verfahren gegen eine Anzahl der ehemaligen Angehörigen der während der Kapp-Unruhen in Thüringen im März 1920 aufgestellten Marburger Studentenkörpers wurde im Februar vorigen Jahres auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt. Eine Reihe weiterer Studenten wurde aber sowohl vor dem Kriegsgericht als auch vor dem Schwurgericht in Kassel freigesprochen.

**— Vier Kinder ertranken.** Auf dem zugefrorenen Main brachen in der Nähe von Höchst vier Kinder, die dort Schlittschuh liefen, ein und ertranken, ehe Rettung ersähen. Daraufhin haben die Franzosen das Betreten des Maines verboten und von Höchst bis Sindlingen das Ufer abgesperrt. Selbst die Arbeiter der Harbwerke dürfen nicht mehr den Weg über das Eis nehmen.

**— Großfeuer in einer Deffabrik.** Die große Deffabrik von G. B. Jährenholz in Magdeburg wurde in der vergangenen Nacht durch ein Großfeuer vollständig zerstört. Die ausgedehnten Anlagen mit allen Maschinen sind vernichtet. Der Betrieb steht zurzeit still. An der Abjüngung des Brandes, dessen Schaden in die Millionen geht, waren sämtliche Magdeburger Feuerwehren beteiligt. Die Firma ist durch Versicherung gedeckt.

**— Eine schwere Explosionskatastrophe im Elsaß.** ereignete sich in der elsaßischen Maschinenfabrik in Graffenhaden. Dort explodierte einer der Heizkessel, wobei mehrere Arbeiter den Tod fanden. Der Schaden ist beträchtlich. Der Betrieb in der Fabrik ist teilweise lahmgelegt. Der Materialschaden ist groß. Die Dampfmaschinen sind fast alle zerstört. Auch der Bau ist stark beschädigt. Man fürchtet, daß längere Zeit vergehen wird, bis der reguläre Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

**— Für die hungernden Russen** sind an den Sowjetvertreter Krasin, der in London weilte, aus Moskau eine Million Goldrubel zum Ankauf von Mais und anderen Saatgütern überwiesen worden.

**— Der Zuckermangel.** Wie der Reichsernährungsminister auf eine Anfrage von Reichstagsabgeordneten mitteilt, ist der vielerorts ausgebreitete Zuckermangel nach den Ermittlungen der Regierung zu einem großen Teil auf die Verhinderung der Zuckerrückführung zurückzuführen, wie sich daraus ergibt, daß von den bis Ende November 1921 von den Zuckerfabriken veräußerten Zuckermengen bis Mitte Dezember erst rund 39 Prozent zur Verladung gebracht werden konnten. Im Januar hat sich die Wagensstellung für die Zuckerabfuhr wesentlich gebessert. Verschiebungen ins Ausland sind nicht festgestellt worden. Doch mag der nicht unerhebliche Unterschied zwischen dem Inlands- und Auslandspreis im Zusammenhang mit der Entwertung unserer Währung die Preissteigerungen und zu Preissteigerungen führen. Die Landesregierungen sind deshalb unter Mitteilung von Richtlinien für die Beurteilung des Preiswunders ersucht worden, den Strafverfolgungsbehörden eine besonders nachdrückliche Verfolgung zur Pflicht zu machen.

**— Der ehemalige Reichskanzler Michaelis reist nach China.** Ende Februar begibt sich der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis in Rotterdam mit seiner Gemahlin an Bord eines Japag-Ostasiendampfers, um nach China durch den Suezkanal zu reisen. Michaelis ist vom Studentenweltbund eingeladen worden, an der großen Weltbundkonferenz in Peking teilzunehmen.

**\*\* Dollarheirat eines deutschen Sängers.** Der bekannte Bariton der Berliner Staatsoper Joseph Schwarz, der zurzeit an die Oper von Chicago verpflichtet ist, hat die Witwe des amerikanischen Kaffeekönigs Hermann Sielken geheiratet. Das Vermögen der Dame beträgt etwa 4 Millionen Dollar (ungefähr 800 Millionen Papiermark).

**\*\* Niesenansperrung in Dänemark.** Von der angekündigten Ansperrung der Arbeiter in Kopenhagen wegen der Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die am 14. Februar abends eintrat, sind ausgenommen die Wasserwerke, Elektrizitäts- und Gasarbeiter, ferner der Holzindustrieverband, der Schneeverband, der Gärtler- und Formverband und die Heizer, welche den Vermittlungsvorschlag angenommen haben. Trotzdem die Ansperrung auch die Kopenhagener Buchdrucker betrifft, sind die Zeitungen davon ausgenommen. Die Ansperrung umfaßt ungefähr 170 000 Mann, wovon 90 000 bereits arbeitslos sind.

**\*\* Schwere Schneestürme in Serbien.** Die seit Tagen heftig eingelegten Schneestürme in Serbien und Kroatien dauern unvermindert fort. Der Eisenbahnverkehr ist vollkommen lahmgelegt. Post- und Telegraphenverkehr sind vielfach unterbrochen. Nur die Verbindungen Belgrad—Agram—Sarajevo sind in Betrieb. In Bosnien und in der Herzegowina sind viele Ortschaften infolge vollkommener Verwahrung von jedem Verkehr abgeschnitten.

**† Die russischen Emigranten.** Auf Ersuchen des Völkerbundes hat sich eine Kommission von russischen Emigranten gebildet, die dem Völkerbund beigetreten ist; ihr erster Kommissar ist Frithjof Nansen. Hinter dieser Kommission steht eine umfangreiche Organisation, da die russischen Emigranten etwa 2 Millionen Köpfe zählen. Ihr Mittelpunkt ist Paris; in Deutschland befinden sich über 300 000, in Polen etwa 400 000, in der Türkei 65 000, in Südsibirien 50 000, in Frankreich 80 000, in England 15 000 usw. Die Sammelpunkte sind die diplomatischen und konsularischen Vertretungen, die auch nach dem Sturze der Regierung Kerenskis und zwar auf Wunsch der Emigranten, bei denen sie beurlaubt waren, im Unterbleiben und sogar noch an Zahl vermehrt worden sind, da sie die Aufgabe hatten, den vielen Emigranten auch in den neu entstandenen Staaten zu helfen. Die Gefandtschaften leben von dem Gelde, das die russische Regierung während des Krieges zu deren Unterhalt und zur Bezahlung des Kriegsgeräts, das hinterher nicht geliefert worden ist, niedergelegt hatten; der Gesamtbetrag soll 1½ Milliarden Franken übersteigen haben.

**† Der Aristokrat als Salatmischer.** Die rapide Verschlebung der Vermögen, die stets die Begleiterscheinung katastrophaler Umwälzungen ist, hat auch in der französischen Revolution die Wirkung gehabt, daß der alte Reichtum über Nacht verwandt und neue Vermögen im Handumdrehen gebildet wurden. Von den in Vermögensverfall geratenen französischen Aristokraten wußten sich die meisten aber mit erstaunlicher Gewandtheit den veränderten Verhältnissen anzupassen. Ein Schulbeispiel in dieser Beziehung bildet der interessante Fall des Barons de Champenex, der im Jahre 1791 genötigt war, nach England auszuwandern. Als er hier seinen letzten Pfennig ausgegeben hatte, sah er sich in die Zwangslage versetzt, sich nach einem Brotwerb umzusehen. Das war nun freilich leichter gedacht, als getan. Er lernte hatte er nichts, und die einzige Kunst, die er verstand, war seine Fertigkeit, Salat anzurichten. In dieser Kunst war er freilich ein überlegener Meister, der sich bei einem Fest der Gräfin Salisbury so bewährt hatte, daß ihn die Dame überall in der Gesellschaft empfahl. Dadurch erhielt der Baron bald so viele Aufträge, daß er nicht mehr wußte, wie er sie alle erledigen sollte. Die reichen Feinschmecker Londons hätten sich für entehrt gehalten, wenn sie ihren Gästen einen Salat vorgesetzt hätten, der nicht von der Meisterhand des Franzosen angerichtet worden wäre, und mit den Privatleuten verteilten die Köche der großen Hotels, sich die unschätzbaren Dienste dieses Salatlüfers zu sichern. Kurz, der Baron mußte sich bald Pferd und Wagen halten und Lehrlinge ausbilden, um seinen erweiterten Betrieb durchführen zu können. Er gewann dabei ein Vermögen, das weit größer war, als jenes, um das ihn die Revolution gebracht hatte. Als er nach zehnjähriger Verbannung nach Paris heimkehrte, erfreute er sich einer Jahresrente von 150 000 Franken.

Dollarkurs am 14. 2.: 199.

## Sollen Sie bauen?

Dann benutzen Sie die seit langem bewährte AMBI-Massbauweise. AMBI-Steine (D. R. P. und Weltpatente) können von jedermann in einfachster Weise auch unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand, Kalk-Schlacke, usw.) durch Stampfen in den AMBI-Formen hergestellt werden. AMBI-Formen werden auch vertehen. Große Eisparnisse an Transportkosten, Lohn und Zeit. „AMBI-Massbau“ ist die beste Siedlungsbauweise und erhielt im Wettbewerb des Deutschen Zementbundes (Herbst 1921) unter 54 Wettbewerbern den ersten Preis. Fordern Sie Druckschriften M der AMBI-Werke Abt. II/T 85 Berlin SW. 68, Reichstr. 18.

## Kunstturnen in Laasphe

Westfälischer Hof \* 19. Februar 1922

